

# bresche info-bulletin

Nr. 5

17. Sept. 1977

## EDITORIAL

Haben wir die Moralthologen der CVP und die spitzfindigen Apostel des JA zum Leben überhört, als sie gegen den massenhaften Kindermord in Vietnam oder gegen die Praktiken "unserer" Nestlé in der Dritten Welt protestierten? Mitnichten! Wir erinnern uns vielmehr an das eisige Schweigen aus jenen Kreisen bei diesen und ähnlichen Gelegenheiten. Und wurde das Schweigen dennoch hin und wieder durchbrochen, so suchen wir die Nadel im Heuhaufen, wenn wir ein Votum im Namen der betroffenen Kinder finden wollen.

Die Parole des "Ja zum Leben" könnten wir nur mit schlechtem Gewissen diesen Heuchlern vom Dienst überlassen, welche ja bekanntlich zu den allerletzten gehören, die je einen Beitrag zu einem wirklich menschenwürdigen, weniger entfremdeten Leben geleistet haben. Wir müssten wiederum Entscheidendes überhört haben, wenn sich die erwähnten Kreise in den letzten Jahren für den Schutz der schwangeren Frauen vor Entlassungen, für bezahlten Mutterschaftsurlaub oder ganz allgemein für den Ausbau der Sozialleistungen ins Zeug gelegt hätten.

Wir überlassen ihnen diese Parole schon gar nicht, um sie missbräuchlich der Selbstbestimmung der Frau entgegenzuhalten. Ihr "Ja zum Leben" ist nichts anderes als ein Nein zur Selbstbestimmung der Frau, ist doch ein Teil von ihnen heute bereit, "ein bisschen inkonsequent" zu sein, um mit einem taktischen Winkelzug (soziale Indikation) einen kleinen Schritt in Richtung Selbstbestimmung der Frau zu verhindern.

Der 25. September bringt noch zwei weitere Initiativen, die wir ebenfalls zur Annahme empfehlen. Auch zwei kleine, aber nichtsdestoweniger notwendige Schritte: der eine zum Schutz der Mieter gegen die Spekulanten, der zweite zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung.

Wir empfehlen ein dreifaches JA: Ja zur Fristenlösung !  
Ja zur Mieterschutz-Initiative !  
Ja zur Albatros-Initiative !

Bei den beiden übrigen Vorlagen geht es den Eckpfeilern der Schweizer Demokratie an den Kragen, sofern die Stimmbürger den beiden Vorschlägen zur Aenderung der Bundesverfassung aus dem Bundeshaus zustimmen.



Die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden stellt dabei nur den ersten Streich dar, dem der zweite im Dezember folgen wird.

Solche Versuche, die demokratischen Rechte abzubauen (im Namen der Demokratie!?) ziehen sich wie eine Wellenlinie durch die Schweizer Geschichte. Immer dann nämlich, wenn es gilt, eine Politik des Sozialabbaus abzusichern, vergreift sich das Bürgertum an den von der Arbeiterbewegung erkämpften Rechten.

Die deutliche Ablehnung der Mehrwertsteuer bestätigte nachträglich die Tendenz, vor der sich Regierung und Parlament fürchten: zunehmend breitere Ablehnung dessen, was in Bern auf Kosten der Werktätigen ausgebrütet wird. Es könnte ja sein, dass auch die traditionellen Arbeiterorganisationen wieder vermehrt zu den Mitteln der halbdirekten Demokratie greifen, über die sie sich im übrigen auch aufgebaut haben. Die Referendumskämpfe der 20er Jahre sind eine Warnung und auch das Rezept stammt aus jener Zeit. Es war die NZZ (22.11.73), die den Bundesrat wieder an die Motion Brügger vom Dezember 1922 erinnerte - eine Motion, die unter anderem ebenfalls eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen vorschlug. 1922 hatte eine breite Mobilisierung rund um das Referendum gegen die "Lex Schulthess" stattgefunden (Gesetz zur Wiedereinführung des 10-Std.-Tages). Zehntausende hatten sich in Komitees organisiert. Die Motion Brügger war die Antwort auf diese und andere Mobilisierungen.

Die heutigen Versuche, die demokratischen Rechte zu stützen, sind Präventivmassnahmen, die eine Wiederholung der Ereignisse in den 20er Jahren verhindern sollen. Scheinbar nur gegen kleine Gruppen und Parteien gerichtet, zielen sie auf die gesamte Arbeiterbewegung ab. Doch wir sagen: Wehret den Anfängen! Darum ein doppeltes NEIN zu den beiden Vorlagen.

NEIN zur Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden !

"Wehret den Anfängen" ist auch das tragische Fazit aus jenem Ereignis, das uns nun von der nationalen zur internationalen Politik führt. Am 11. September jährt sich zum viertenmal das Datum des blutigen Militärputsches in Chile - Konsequenz reformistischer Politik. Wehret den Anfängen, damit es nie wieder so weit kommt.

Wir sind in der glücklichen Lage, "weit entfernt" von solchen Ereignissen, unsere politische Tätigkeit zu verrichten. Umsomehr bekräftigen wir unsere Solidarität mit der lateinamerikanischen Revolution, die nach ihren brutalen Niederschlägen in den letzten Jahren wieder erste Blüten treibt. Venceremos!

M.S.

in\*halt\*in\*halt\*in\*halt\*in\*halt\*in\*halt\*in\*halt\*in\*halt\*in\*halt\*in\*halt

### INHALTSVERZEICHNIS

- 1 Editorial: Zu den Abstimmungen vom 25. September
- 3 Kampagne für das Recht auf Abtreibung - Kampagne für die Frau
- 4 Lehrabschlussfeier 1977: Was gesagt wurde und was nicht gesagt werden durfte
- 5 Halbzeitbilanz der Tätigkeit des Nationalrates Thomas Fraefel
- 8 Szene Landsgemeindeplatz: Resignation oder Waffenstillstand?
- 9 Initiative eingereicht
- 11 Zwei empfehlenswerte Bücher

## Kampagne für das Recht auf Abtreibung - Kampagne für die Frau

Die Kampagne für die Fristenlösung ist auch in Zug voll angelaufen. Sie wurde von zwei attraktiven SP-Veranstaltungen eröffnet, welche auf reges Interesse stiessen.

Am öffentlichen Diskussionsabend vom 23. August sollte die SP-Meinung in der Frage der Fristenlösung diskutiert werden. So stand es jedenfalls in einer Antwort auf eine Anfrage der FBB, die am Podiumsgespräch teilnehmen wollte.

Das wäre noch zu verschmerzen gewesen. Warum aber ausgerechnet Thomas Fraefel an der Diskussion teilnahm, bleibt ein ungelöstes Rätsel. Dass seine Ansichten in dieser Frage für die SP-Meinung relevant sind, ist hoffentlich nicht anzunehmen. Aber vielleicht hat die SP die Veranstaltung absichtlich so konzipiert, um sich im katholisch-konservativen Zug mit ihm ein elektorales Hintertürchen offenzulassen. Eine Rechnung, die - nach der Stimmung im Saal zu schliessen - nicht aufging.

### Eine Frage höchster politischer Brisanz

Die lebhaften Publikumsdiskussionen bewiesen es: Die Frage der unerwünschten Schwangerschaften birgt politischen Zündstoff. Sie zieht einen ganzen Rattenschwanz von Fragen und Problemen nach sich.

Begriffe wie Klassenjustiz, Doppelmoral, kinder- und frauenfeindliche Gesellschaft, tauchen auf, Fragen und Antworten, welche Sein und Schein der bürgerlichen Gesellschaft etwas näher beleuchten, als das plumpe "lasst sie leben" (wohlverstanden nur die Embrios und Föten!) eines "Ja zum

Leben".

Das hat auch ein Teil des Bürgertums begriffen. Die Stimmfreigabe der SVP, das Ja der FDP zur Fristenlösung, ist nicht zu verwechseln mit der Absicht dieser Parteien, den Frauen ein Recht auf Selbstbestimmung einzuräumen. Es geht darum, eine lästige Frage, um die sich noch viel unangenehmere Nebenfragen ranken, so schnell wie möglich unter den Tisch zu wischen. Das fällt umso leichter, als es darum geht, etwas zu erlauben, was sich nicht mehr verbieten lässt.

### Die Haltung der traditionellen Arbeiterorganisationen...

Leider haben auch die Gewerkschaften und traditionellen Arbeiterparteien die antibürgerliche Komponente in der Frage der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu wenig erkannt. Sie stellen die Frage fast gleich, wie die Bürgerlichen. Die Fristenlösung erscheint als Zauberformel, um die nicht zu verhindernden illegalen Abtreibungen in legale zu verwandeln.

Diese minimalistische Haltung trägt dazu bei, parlamentarische Illusionen zu schüren, aus der Abtreibung eine einfache Gesetzesfrage zu machen und so die Bewusstwerdung der Frauen zu verhindern. Sie stellt weder die Rolle der Frau, noch die der Familie in Frage. So wird die Vorstellung, dass der wahre Platz der Frau am Herd zu finden sei, noch lange nicht abgebaut. Und ist es nicht gerade diese "wahre Bestimmung" der Frau, welche die Frauenarbeit nur als Nebenbeschäftigung, den Frauenlohn nur als Taschengeld und die Frauenausbildung nur als Nebensache erscheinen lässt?

Die Frage stellen, heisst sie beantworten! Das Referat von Hedi Lang aber war keine Antwort darauf. Erst die Intervention der FBB am Schluss des SP-Diskussionsabends warf diese Frage überhaupt auf.

### ...und unsere Haltung

Wenn man weiss, dass die Gründe für eine Abtreibung meist wirtschaftlicher und sozialer Natur sind, versteht man leicht, dass die Forderung nach Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs eng mit allen Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, ausgebauten Infrastrukturen und breiter, nicht-repressiver Sexualaufklärung verbunden ist.

Für alle diese Forderungen muss - unabhängig vom Abstimmungsresultat - auf allen Ebenen der Kampf aufgenommen werden. Wir müssen uns u.a. dafür einsetzen, dass Bestimmungen, welche schwangere Frauen und Mütter diskriminieren aus dem Arbeitsgesetz verschwinden (z.B. dass Frauen bis zum siebten Monat der Schwangerschaft entlassen

werden können) und dass ein wirkungsvoller Mutterschutz geschaffen wird. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung (z.B. Einführung der 40-Std.-Woche in den Gesamtarbeitsverträgen) bleibt aktuell.

Nur so wird es möglich sein, dass Frauen auch als Mütter nicht auf eine aktive Teilnahme am sozialen und politischen Leben verzichten müssen.

Denn wenn wir dafür kämpfen, dass die Frauen eine unerwünschte Schwangerschaft unterbrechen können, so kämpfen wir gleichzeitig auch für die Voraussetzungen, die es ihnen erlauben, so viele Kinder zu haben, wie sie wollen.

S.S.

### Lehrabschlussfeier 1977:

Was gesagt wurde und was nicht gesagt werden durfte

Die Tatsache, dass unter Lehrlingen kritische Regungen besonders unterdrückt werden, ist nicht neu. Man denke nur an das für Lehrlinge verbotene Wandbrett und man weiss genug.

Neu ist hingegen das faktische Rede-  
verbot für kritische Lehrlinge an der diesjährigen gewerblichen Lehrabschlussfeier vom 22. August. Neu und skandalös! Eine Rede, die von einem Teil der FEAM-Klasse auf Anfrage gemeinsam vorbereitet wurde und von einem von der Klasse noch zu wählenden Referenten hätte vorgetragen werden sollen, kam bei der Zensur nicht durch. Die Lehrabschlussfeier wurde schliesslich "nicht im gewohnten Rahmen" durchgeführt: "Nicht gewohnt" war für diesmal der Bruch mit der Tradition der Lehrlingsrede, da die vorbereitete Rede für einmal nicht die "gewohnte" Funktion erfüllt hätte. Anstatt der Feier den üblichen versöhnlerischen Anstrich zu geben und der Öffentlichkeit das Bild von zufriedenen Lehrlingen und glorreichen drei bzw. vier Jahren vorzugaukeln, erlaubten sich die FEAM-Stiften einige allzu kritische Bemerkungen.

Umsomehr legten sich die Herren Baumeler und Planzer ins Zeug, um zu zeigen,

worüber Barthli den Most holt, wie Baumeler dies tat und um ein eigenes Bild von der Realität zu zeichnen. Erraten! Letzteres blieb Planzer vorbehalten.

Baumeler angesichts der hohen Durchfallquote (6,5%): "für Minimalisten ist kein Platz vorhanden". Interessant, wie das Schlagwort des "Minimalismus" immer dann auftaucht, wenn Bedingungen verschürfter Selektion vorhanden sind, wie heute in einer Situation permanenter Jugendarbeitslosigkeit. Nicht zu vergessen ist auch die viel grössere Mühe, die ein nicht freiwillig gewählter Lehrberuf bereitet. "Es kann halt nicht mehr jeder seinen Traumberuf ergreifen", lautet Planzers sattsam bekannter Spruch zu diesem Tatbestand.

Planzer zur heutigen "Realität": "Mit dem Fähigkeitsausweis in der Hand kann niemandem etwas passieren". Und: "Es habe im Kanton Zug nur sieben Arbeitslose unter 20". "Nur" sieben bei Planzer registrierte, müssen wir da präzisieren. Von den arbeitslosen Rekruten und den auswärtigen Lehrlingen, die nach Hause gegangen sind, spricht Herr Planzer wieder einmal nicht.

M.S.

## HALBZEITSBILANZ DER TÄTIGKEIT DES NATIONALRATS THOMAS FRAEFEL

Vor knapp zwei Jahren - am 25. Oktober 1975 - wurde Thomas Fraefel in den Nationalrat gewählt. Mit ihm, seiner Partei und vielen Werktätigen freuten wir uns über den überraschenden und klaren Erfolg. Wir deuteten den Linksrutsch, der im Kanton Zug zweifellos stattfand, als Ausdruck eines minimalen antikapitalistischen Instinkts, der sich in der Schweiz wieder langsam zu äussern beginnt und den die Linke zu einem antikapitalistischen Bewusstsein zu entwickeln hat.

Exakt aus diesem Blickwinkel - der Bewusstseinsarbeit - kritisierten wir damals die SP und besonders ihren Kandidaten, weil sie einzig und allein auf Stimmenfang ausgingen und dazu viele reaktionäre Voten fallen liessen (Fremdarbeiter, Abtreibung, "soziale" CVP etc.). Viele SP-ler antworteten, dass wir mit unserer Kritik zwar weitgehend recht hätten und dass ihnen Fraefel auch nicht passe, er aber der einzige sei, der Brunner schlagen könne. Einige von ihnen haben inzwischen ihre Meinung geändert und bereuen es einen reaktionären Fristenlösungsgegner gewählt zu haben.

### Eine verkannte Seite

Wir nehmen die neu aufgelebten Diskussionen zum Anlass, eine Halbzeitsbilanz der Parlaments-Tätigkeit Fraefels zu ziehen. Zum voraus ist zu betonen, dass sie nicht so niederschmetternd ist, wie es wahrscheinlich viele seiner Parteigenossen selber vermuten. Im Zusammenhang mit der 9. AHV Revision hat Fraefel gehalten, was er den Wählern versprochen hatte.

Dass die bessere Seite seiner Tätigkeit der Oeffentlichkeit weniger bekannt ist, liegt vor allem an den Zuger Nachrichten, die seine reaktionären Stellungnahmen über die Abtreibung mehrmals gross und ausführlich publizierte, weil sie damit ihr eigenes CVP-Süppchen würzen konnte, seine fortschrittlichen Interventionen gegen den Abbau der AHV aber verschwiegen oder nur kleinlaut brachte, weil da der Hans und der Alois dagegen waren. Pressefreiheit ist, wenn jene, die Geld haben, eine Zeitung herauszugeben, schreiben und verschweigen dürfen, was ihnen (nicht) in den Kram passt.

### Abtreibung: in schlechter Gesellschaft

In der Fristenlösungs-Debatte entpuppte sich Fraefel als einer der tüchtigsten Dämagogen des klerikalen Lagers. Viele Nationalräte werden - sofern sie nicht schliefen oder sonst abwesend waren - gestaunt haben über den Ton, der da in der linken Ratshälfte angeschlagen wurde.

Fraefel begann mit der erstaunlichen Feststellung: "Der Schutz und die Achtung vor dem menschlichen Leben sind eines der höchsten Ziele unserer Gesellschaft". Darum werden uns diese lebensgefährlichen AKW's vor die Nase gestellt, darum wurden in Gösigen Demonstranten über die Bahnlinie gehetzt.

"Schutz für den Wehrlosen, den Kleinen; den Schwachen soll unsere Devise sein!" War das Ihre Devise, Herr Fraefel, als Sie im Wahlkampf fremdenfeindliche Töne anschlugen und damit die Ehre der rechtlosesten und wehrlosesten Bürger verletzen: der Gastarbeiter. Haben Sie sich seinerzeit stark gemacht gegen die Visumpflicht für die entrechteten chilenischen Flüchtlinge?

"Die Erfahrung zeigt, dass die Initiative für eine Schwangerschaftsunterbrechung in der Regel gar nicht von der schwangeren Frau ausgeht, sondern von andern Personen wie Ehemann, Verlobter, Freund oder Angehörigen, und dass die Schwangere widerwillig dem ausgeübten Druck nachgibt". Welche Erfahrung zeigt Ihnen das? Schätzen Sie die Frauen so unselbständig ein? Zeigen die Erfahrungen nicht etwas ganz anderes: dass die Frauen in dieser Männergesellschaft oft im Stich gelassen werden und allein-fertig werden müssen mit ihrer Schwangerschaft oder Mutterschaft.

"Abklärungen haben ergeben, dass manche Frau, der bei der heutigen gesetzlichen Regelung der Abbruch der Schwangerschaft verweigert wurde, nachträglich froh darüber war". Hinter dieser Aussage steckt eine rechte Portion Zynismus. Sicher wird es viele Frauen geben, die nach einer ungewollten Geburt sich halt dreinschicken und um es sich möglichst leicht zu machen, sich einzureden, dass es so besser sei, bis sie es selber glauben. Es gibt aber auch Abklärungen, die ergeben haben,

dass viele Mütter, die ungewollt gebären mussten und viele Kinder, die unerwünscht geboren wurden, ein Leben zu fristen hatten, das nicht verdient "Leben" genannt zu werden.

"Der Grundsatz, dass das Leben absolut und uneingeschränkt geschützt werden soll, wird in Frage gestellt". A propos "absolut": Sie sind mir bis heute die Antwort für die Frage betreffs Mannsscheiben schuldig geblieben. Wenn Ihnen das Leben uneingeschränkt schützenswert ist, wie können Sie dann zu einer Armee stehen, die das Leben Dutzender sozialistischer Arbeiter auf dem Gewissen hat?

"Mit der Ablehnung der Fristenlösung dienen wir den Interessen und der Würde der Frau." Und dies aus dem Mund eines Regierungsrats des Kantons Zug, dem, wie wir alle wissen, die Interessen der Mädchen und Frauen höchstes Gebot und engstes Anliegen sind.

#### AHV/IV: in ungewohnter Gesellschaft

Sozialer, aufgeschlossener und frauenfreundlicher zeigte sich Fraefel in den vier andern Interventionen. Am 21. März 77 meldete er sich in der Eintretensdebatte zur 9. AHV Revision für ein längeres Votum. Dabei bekämpfte er den Antrag rechtsfreisinniger Kreise, die Debatte bis nach der Abstimmung vom 12. Juni zu vertagen. Fraefels Intervention umfasste im wesentlichen 4 Punkte:

1. Er stellte fest, dass "in der Revisionsvorlage keine reale Rentenverbesserung vorgeschlagen wird".
2. Er kritisierte den Entscheid der nationalrätlichen Kommission, "wonach auf eine Rentenanpassung auf das Jahr 1978 verzichtet werden soll".
3. Er lehnt es ab, dass die Selbständig-erwerbenden nicht voll Beitrags verpflichtet werden. "Es muss dazu nämlich ganz klar darauf hingewiesen werden, dass die vorgeschlagene Mehrbelastung nur die hohen Einkommensbezüger bei den Selbständigen getroffen hätte und nicht etwa die niedrigeren, ... Die Privilegierung der Bezüger hoher Einkommen durch die AHV lässt sich aber durch gar nichts begründen und muss zu einem späteren Zeitpunkt völlig eliminiert werden".
4. Es kann wirklich nur mit Willkür begründet werden, wenn nunmehr die Ehepaarsrente nicht mehr ausbezahlt wird, wenn die Frau 60 Jahre alt ist, sondern sie bis zum 62. Geburtstag warten muss. Das gleiche gilt für die Kürzung der Zusatzrente von 35 auf 30 Prozent".

Am Tag drauf, nachdem Eintreten beschlossen worden war (131:25), kam Fraefel als Berichterstatter der Minderheit auf seinen Abänderungsantrag betreff Schlechterstellung der versicherten Ehepaare zurück: "Die Verschlechterungen passen ohnehin nicht in die heutige Konjunkturlandschaft. Aeltere Frauen haben es besonders schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Den Ehefrauen von Rentnern wird zudem sehr oft nahegelegt, ihren Arbeitsplatz für jemanden freizugeben, der mehr darauf angewiesen ist". Die SP verlor die Abstimmung 43:66.

Am 23. März stellte Fraefel seinen zweiten konkreten Antrag, der selbst von einigen SP-Mitgliedern abgelehnt wurde und der in die Geschichte einging als Antrag Fraefel/Dafflon. Dafflon war der Kommissionsvertreter der PdA. Beide bekämpften das Vorhaben der Kommissionsmehrheit, für die SP - Müller - Bern Bericht erstattete, die Zusatzrente für Ehefrauen invalider Männer um 50 Fr. zu kürzen und so bei der IV 20 Millionen Franken zu sparen. Das ungewohnte Gespann Fraefel/Dafflon unterlag erwartungsgemäss mit 29:86 Stimmen.

Am selben Tag begründete Fraefel eine von ihm am 29. November 1976 eingereichte Interpellation betreff KUVG-Revision: "Heute werden bei Langzeitkranken im AHV-Alter die Kosten für eine Spitalbehandlung nur für zwei Jahre übernommen. Angesichts der zunehmenden Ueberalterung unserer Bevölkerung nimmt das Problem der Dauerhospitalisation zu. Was geschieht heute, wenn diese 720 Tage abgelaufen sind? ... Darf sich der Staat Schweiz gegenüber unsern betagten Kranken das noch leisten?"

#### Kritische Fragen

Thomas Fraefels Beitrag in der AHV-Debatte verdient unsere Anerkennung. Zumindest in dieser Frage hat er sich von den bürgerlichen Parteien klar abgegrenzt. Einige wichtige Fragen liegen aber weiterhin offen.

1. In seinem Eintretensvotum sagte Fraefel: "Wenn also in der Revisionsvorlage keine Rentenverbesserung vorgeschlagen wird - was aus Gründen der wirtschaftlichen Situation begründbar ist - so wird eine solche in einer spätern Revision unumgänglich sein". Den Ausbau der AHV von der wirtschaftlichen Situation abhängig zu machen,

ist äusserst gefährlich. Was soll passieren, wenn sich die wirtschaftliche Situation noch mehr verschlechtert? Oder hofft Fraefel wie viele Sozialdemokraten auf einen neuen Wirtschaftsaufschwung à la Hochkonjunktur?

2. Fraefel wehrte sich in seiner Interpellation für die alten Kranken. Wie weit geht hier sein soziales Gewissen? Angenommen, er würde von Regierungsrat bewogen oder gezwungen, als Sanitätsdirektor die Spitaltaxen stark zu erhöhen, wie würde er hier handeln? Den Hut nehmen oder die Taxen erhöhen?

3. In seinem Abtreibungsvotum betonte Fraefel: "Die Angelegenheit ist zu ernst, als dass man nicht grundsätzlich darüber sprechen dürfte." Offensichtlich ist ihm die AHV-Frage weniger ernst. Grundsätzliche Probleme klammerte er hier aus.

So die ganze Frage der zweiten Säule. 1970 wurden für die AHV/IV 4370 Mio Fr. ein- und 4316 Mio Fr. von ihr wieder ausbezahlt. Die entsprechenden Zahlen bei der 2. Säule lauten: 5276 Mio Fr. bzw. 2718 Mio Fr. Der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben beläuft sich bei der AHV/IV auf 554 Mio Fr. bei der 2. Säule auf 2558 Mio Fr. Ein Vollausbau der AHV/IV würde bedeuten, dass die Werkstätigen beim gleichen Aufwand 50 Prozent mehr Beiträge erhielten. Er würde natürlich auch bedeuten, dass die grossen Finanzgruppen auf ihre fetten Gewinne aus der 2. Säule verzichten müssten. Herr Fraefel, sind Sie bereit, eine Initiative für den Vollausbau der AHV/IV zu unterstützen oder geben sie der Beibehaltung der zweiten Säule, diesem Riesengeschäft des Schweizer Kapitals, den Vorzug?

4. Fraefel und mit ihm die ganze parlamentarische Linke verloren die meisten Abstimmungen zur Verbesserung oder nur Beibehaltung der bisherigen AHV/IV. Offensichtlich ist die parlamentarische Aktivität längerfristig keine Garantie, um die soziale Sicherheit vor der bürgerlichen Sparwut zu retten. Es müssen andere - ausserparlamentarische - in Betracht gezogen und vorbereitet werden. Die soziale Sicherheit muss aus den Betrieben, den Gewerkschaften, von der Strasse her und mittels Initiative und Referendum verteidigt und ausgebaut werden. Die Wahlen vor zwei Jahren haben gezeigt, dass die Werkstätigen für die Frage der AHV/IV sehr sensibel sind. Sind Sie bereit, Herr Fraefel, in diesem Sinne zu wirken? Sind Sie bereit, zugunsten der sozialen Sicherheit notfalls auch die "Sozialpartnerschaft" in Frage zu stellen?

## Schlussbemerkungen

Fraefels Parlamentsarbeit ist schwierig einzuschätzen. In einer Problematik vertrat er ultra-reaktionäre Positionen, in der andern zeigte er sich sehr sozial und gemässigt links. Sicher ist Fraefel nicht so reaktionär wie es in der Abtreibungs-Debatte erscheint, weil in seinem Ueber-Engagement wahrscheinlich mehr wahltaktische Ueberlegungen als Gewissensbisse mitspielen. Sicher ist Fraefel auch nicht so sozial, wie man aus seinen AHV-Voten schliessen könnte. Seine Ablehnung der 40-Stunden-Woche ist ein Hinweis. Verdächtig ist, dass sich Fraefel bis heute nur in diesen zwei Punkten zu Wort meldete. Man ist direkt versucht dies als Wahlkalkül zu interpretieren: klerikale Haltung in der Fristenlösungsfrage, um die katholischen Wähler nicht zu verlieren/ soziale Haltung in der AHV-Frage, um die Anti-Brunner-Stimmen zu behalten.

So schwierig Fraefels Parlamentsarbeit einzuschätzen, ist die Frage zu beantworten, die linke SP-Genossen in letzter Zeit häufig stellten: "Was sucht denn der in unserer Partei"? Wir finden die Frage etwas müssig. Denn das Hauptübel der SP ist nicht, dass sie Leute wie Ritschard, Wyss, Fraefel in ihren Reihen hat. Das Uebel ist, dass diese durch ihre Regierungsbeteiligung ein Gewicht und Ansehen erringen, das sie in der Öffentlichkeit zu den bekanntesten SP-Repräsentanten macht, obwohl sie für die SP-Linie alles andere als repräsentativ sind. Typisch war der Fall Gösgen, wo die SP als Partei die Polizeieinsätze verurteilte und ein Memorandum verlangte, ihre Vertreter in den kantonalen und nationalen Exekutiven aber die Polizeieinsätze leiteten und das Memorandum ablehnten. Regierungsverantwortung bedeutet eben die Interessen des bürgerlichen Staats zu vertreten. Weiters hat sie zur Folge, dass das Bürgertum mitbestimmt, welche SP-ler in die hohe Politik aufsteigen. Darum finden wir es falsch, sich darüber zu streiten, ob diese Herren in der richtigen Partei seien. Wir finden es viel wichtiger darüber zu diskutieren, was die SP in bürgerlichen Exekutiven zu suchen hat.

J.L.

BRESCHEN-INFO 1 - 9 1994

BRESCHEN-INFO

Das Bresche-Info erscheint 4 - 5 mal jährlich. Wer es regelmässig beziehen möchte und noch nicht auf der Abonnentenliste ist, schreibe an

BRESCHEN-INFO  
Postfach 1155  
6301 Zug

Verantwortlicher Redaktor: H. Roth

Schweizer Kapitalismus  
Arbeiterbewegung  
und die Aufgaben  
für eine sozialistische Politik

Zweite Säule:  
Sozialwerk oder Geschäft ?

Die schweizerische Arbeiterbewegung ist durch 40 Jahre Arbeitsfrieden nicht nur praktisch dh. politisch und gewerkschaftlich auf den Hund gekommen. Sie ist es auch theoretisch. 30 Jahre lang gab es praktisch keine sozialistische Erarbeitung über die Entwicklung des Schweizer Kapitalismus, seiner Institutionen und sozialen Kräfte. Jahrzehnte kurzsichtigen Pragmatismus'beraubten die Schweizer Arbeiterbewegung nicht bloss jeglicher Kampferfahrung. Sie stutzten auch ihre Denkfähigkeit. Bis Ende der 60-iger Jahre war das theoretische Manko in den Arbeiterorganisationen fast total. Erst infolge der Jugendrevolte verbunden mit einer Renaissance des Marxismus machte sich wieder ein gewisses theoretisches Interesse bemerkbar für die Schweizer Situation.

Die RML legte seit ihrer Gründung im Jahre 1969 ein grosses Gewicht auf die Erarbeitung der Vergangenheit, Gegenwart und möglichen Zukunft der bürgerlichen Gesellschaft Schweiz, ihren Entwicklungen und Tendenzen. Wir taten das nicht im Rahmen seminar-marxistischer Uebungen, sondern als notwendige Grundlage für eine konsequente und korrekte sozialistische Politik: ohne sozialistische Theorie keine sozialistische Praxis.

Eines unserer wichtigsten Produkte dieser Erarbeitung sind die beiden neu erschienenen Bände "Schweizer Kapitalismus, Arbeiterbewegung und die Aufgaben für eine sozialistische Politik".

Der 1. Band, der unbedingt lesenswert ist, umfasst 2 Teile: "Die Entwicklung des Schweizer Kapitalismus von 1945 bis 70" und "Die Gewerkschaftsfrage in der Schweiz". Der erste Teil ist einer der wenigen grundsätzlichen Texte über die jüngste Geschichte der Schweizer Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Arbeiterbewegung. Für das Verständnis der heutigen Situation und Aufgaben ist dieser 120 - seitige Text eine unentbehrliche Grundlage.

Der zweite Teil soll den Platz und die Rolle der Gewerkschaft im kapitalistischen System definieren. Er zeigt die Mechanismen auf, die zur Integration der Arbeiterbewegung geführt haben und versucht anschliessend die möglichen "Desintegrations"-Momente herauszuschälen. Auch diese 40-seitige Abhandlung ist jedem klassenkämpferischen Gewerkschafter zur Pflichtlektüre empfohlen.

Der 2. Band ist weniger grundsätzlich und eher von spezifischerem dh beschränkteren Interesse. Er beinhaltet Artikel zur EWG, Jura- und Armee-Frage. Im Anhang sind die beiden wichtigsten Tendenztexte veröffentlicht, die wir im Jahre 1969 im POP (Sektion Lausanne der PdA) verbreitet hatten und die zu unserem Ausschluss führten.

Schweizer Kapitalismus, Arbeiterbewegung und die Aufgaben für eine sozialistische Politik : Band 1 und 2 zusammen 295 Seiten zu je 13 Fr.  
zu bestellen bei: Veritas Verlag / Postfach 355 8031 Zürich PC 80-39923

Erfreulich viel Wind aufgewirbelt hat ein anderes Buch, das von einem konsequent sozialistischen Standpunkt aus verfasst wurde: "Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft?" von Jost v. Steiger, einem alten Kämpfer der Schweizer Arbeiterbewegung und wahrscheinlich besten Kenner des äusserst komplizierten Systems der Sozialen Sicherheit. Die AHV/IV ist die grösste Errungenschaft der Arbeiterklasse unseres Landes. Sie zu verteidigen und auszubauen ist erneut auf die Tagesordnung getreten. Das Buch ist dazu ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Jost v. Steiger  
Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft?  
Limmat Verlag

zu bestellen bei Veritas Verlag

Szene Landsgemeindeplatz:  
Resignation oder Waffenstillstand?

Die im Frühjahr gestartete Bewegung von Jugendlichen gegen das diskriminierende Beizenverbot für "Verlauste", welches von zwei Wirten (Platzmühle + Löwen) erlassen wurde, ist nicht alt geworden.

Charakteristisch für die Bewegung war, dass sie als spontane Antwort der unmittelbar betroffenen Jugendlichen, welche am Landsgemeindeplatz ihren Treffpunkt hatten, entstanden ist. Die ersten Wochen brachten der Bewegung einige Erfolge:

1. Gratisausschank von Kaffee an Passanten verbunden mit Informationen über das Beizenverbot und die miesliche Situation der Jugend in der Region Zug betreffend Freizeitgestaltung.
2. Eine Besetzung des Stadtpolizeipostens durch etwa 40 Leute als Antwort auf die polizeiliche Schikanierung der Gratiskaffee-Aktion, welche die Aktion anfänglich verbieten wollte, da "bewilligungspflichtig". Nach der Besetzungsaktion machte die Polizei eine Wendung um fast 180°.
3. Einige mehrstündige Besetzungen des "Löwen", die dem profitgierigen Wirt eine nicht unerhebliche Einnahmeneinbusse einbrachte.

Es zeigte sich jedoch bald, wie schwierig es ist, eine solche Bewegung organisatorisch zu erfassen und am Leben zu erhalten, denn der Kern der Bewegung, die Jugendlichen vom Landsgemeindeplatz, sind ein typisches "Flippervölkchen", das sich nicht gerade durch Ausdauer, Zuverlässigkeit und Militanz auszeichnet, sondern eher durch eine, wenn auch nicht gerade gesellschaftskonforme Konsumhaltung. Durch das Feh-

len eines stabilen Kerns, der in der Bewegung die Rolle der Lokomotive hätte übernehmen sollen, kam der Zug bald ins Stocken und damit war wieder einmal der "grosse Anschiss" eingefahren, man begnügte sich wieder mit resigniert-lethargischer Miene auf dem Mäuerchen zu sitzen. Eine kleine aktive Gruppe, bereits isoliert vom grossen übrigen Rest, versuchte durch die Organisierung eines Open-Air-Fests neuen Schwung in die Bewegung zu bringen. Doch die Zuger Behörden bewiesen einmal mehr ihre Fertigkeit im Knüppelzwischen-die-Beine-Werfen (siehe Jugendhaus-Bewegung) und taten das übrige, um der Bewegung den letzten Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Maulwurf-Kreise haben die Entwicklung der Bewegung von Beginn weg aufmerksam verfolgt, diskutiert und unterstützt. Aber auf Grund der in der Jugendhaus-Bewegung gemachten Erfahrungen und nicht zuletzt auch auf Grund der mangelnden Eigendynamik der betroffenen Jugendlichen verzichtete der Maulwurf darauf, eine allzu aktive Rolle in der Bewegung zu spielen, welche ihn doch nur als isolierter "Drahtzieher" hätten erscheinen lassen.

Welche Schlüsse lassen sich nun rückblickend ziehen?:

1. Die Beizen-Bewegung wurde durch das diskriminierende Beizenverbot der beiden Wirte ausgelöst, ist als Erscheinung jedoch der weitergehende Ausdruck der Treffpunkt- und Freizeitgestaltungs-misere der Jugendlichen in der Region Zug.
2. Auf Grund des mangelhaften politischen Bewusstseins fehlt heute solchen Bewegungen eine längerfristige Perspektive. Ein Ueberführen von einzelnen spontanen Aktionen zu politisch bewussteren Kampfformen wird durch das

